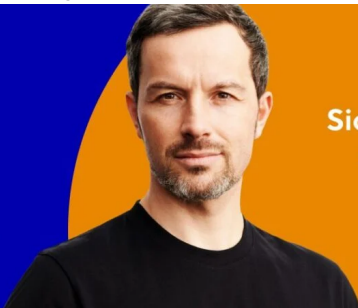


Werbung

**friedrich.
report**Fundierte Analysen zu
Aktien, Rohstoffen & BitcoinSichere dir 10%
mit dem Code:**APOLLO**

11.12.2025 • 53

Analyse

Verbrenner-Aus schon 2032: Wie die Bundesregierung in Sachen Zukunft des Autos versagt

Die Bundesregierung ist weiter uneins in Sachen Verbrenner-Aus. Eine mächtige Behörde plädiert sogar für ein Vorziehen des Zulassungsverbots auf 2032. Mit rhetorischen Spielereien wird die Autoindustrie aber nicht gerettet.



Matthias Böttger



IMAGO/dts Nachrichtenagentur

Bundesregierung und EU-Kommission setzen ihr Verwirrspiel beim Verbrenner-Aus

fort. Bislang unternimmt niemand ernsthafte Schritte, den gesetzten Termin im Jahr 2035 für das Zulassungsverbot zu verschieben oder gleich ganz abzusagen. Ein mächtiger Teil der deutschen Bundesverwaltung drängt sogar darauf, das Aus noch vorzuziehen.

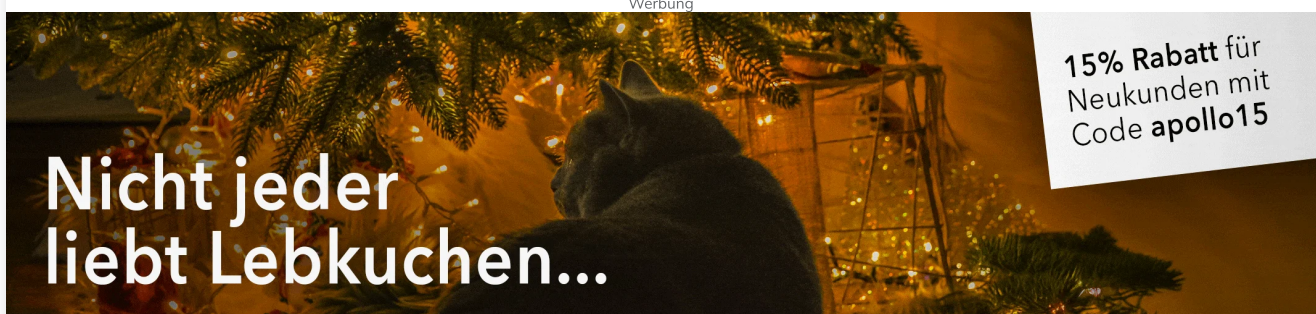
Schöne Worte wurden viele gewechselt: Hört man Unionspolitikern und Konzernlenkern zu, müsste das Verbot von Benzinern und Dieseln eigentlich längst Geschichte sein. „Dieses Verbrennerverbot ist falsch“, erklärte etwa Markus Söder bei der IAA dieses Jahr in München. Ohne realistischen Blick auf den Markt werde die EU-Regulierung den gesamten europäischen Automobilsektor in den Abgrund reißen, meinte Ola Källenius, der Vorstandsvorsitzende von Mercedes-Benz.

Werbung

Gleichzeitig lässt nur ein großer deutscher Autobauer offen, bis wann er Verbrenner zu bauen gedenkt: Einzig BMW hat kein Ausstiegsdatum festgelegt und fährt damit wirtschaftlich deutlich besser als jene Hersteller, die der Politik blind gefolgt sind. Vor allem im Luxussegment ist die Lage kritisch: Bei Porsche sind die Margen der Elektromodelle nicht annähernd auf dem Niveau der bisherigen Produktlinien mit Verbrennungsmotor.

In Deutschland arbeiten rund 3,2 Millionen Menschen direkt oder indirekt in der Automobil- und Zulieferindustrie. Ein erheblicher Teil des Bruttoinlandsprodukts ist an das Geschäft mit dem Auto geknüpft – und nach wie vor bildet der Verbrennungsmotor das Fundament dieser Wertschöpfung. Viele Arbeitsplätze sind wegen der Regulierungspolitik in Gefahr – bei Porsche etwa jeder vierte, warnt der Gesamtbetriebsrat des Unternehmens (mehr dazu [hier](#)).

Werbung

An advertisement for Apollo. It features a black and white photograph of a cat sitting in front of a Christmas tree with warm lights. The text 'Nicht jeder liebt Lebkuchen...' is overlaid on the left. On the right, a white banner contains the text '15% Rabatt für Neukunden mit Code apollo15'.

Öffentlichkeitswirksam hatte der Koalitionsausschuss Friedrich Merz aufgegeben, einen Brief an die EU-Kommission zu schreiben. Darin forderte der Bundeskanzler dann ziemlich unbestimmt, Fahrzeuge mit „doppeltem Antrieb“ auch nach 2035 zuzulassen. Ähnlich wohlfeil fiel die Antwort von EU-Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas im *Handelsblatt* aus: Man sei „offen für alle Technologien“, Brüssel habe

den Brief „sehr positiv aufgenommen“ (*Apollo News* [berichtete](#)).

LESEN SIE AUCH:



Stahlkrise

1.200 Arbeitsplätze in Gefahr: Thyssenkrupp stoppt Elektrostahl-Produktion temporär

Redaktion • 21



Energiewende

Stilllegung der Gasnetze: In 20 Jahren könnten die Gebühren zehn Mal so hoch sein

Hannes Martin • 75

Eine Behörde, die ganz offen gegen die vorgebliche Linie des Bundeskanzlers arbeitet, ist das Umweltbundesamt. Bereits 2030 sollten mindestens 90 Prozent aller Pkw „rein elektrisch“ sein. Spätestens 2032, also drei Jahre vor den anderen EU-Staaten, dürften in Deutschland gar keine Verbrenner mehr zugelassen sein, meint die 1.800 Mitarbeitende starke, größte Umweltbehörde Europas.

Damit verpufft auch unmittelbar jener Druck, den Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche gemeinsam mit ihrem italienischen Amtskollegen aufbauen will. Im Rahmen des zweiten deutsch-italienischen Ministerforums unterzeichneten die beiden am Mittwoch eine Erklärung, die die EU zur teilweisen Verschiebung ihres Verbrenner-Verbots und Lockerungen für die Industrie auffordert.

Werbung

Zumindest Plug-in-Hybride und mit „emissionsarmen“ Kraftstoffen betriebene Verbrenner sollen weiter vermarktet und zugelassen werden dürfen. Auch die unerreichbaren CO₂-Flottenziele sprechen die beiden Minister in ihrer gemeinsamen Erklärung an. Kurzfristig Geldstrafen gegen Autobauer zu verhängen, erachten sie für unverhältnismäßig.

Bundesumweltminister Carsten Schneider von der SPD meinte dagegen im Oktober, die wirtschaftliche Schwäche sei „nicht durch zu viel Klimaschutz verursacht“ worden. Gerade am Verbrenner-Aus festzuhalten, biete der Wirtschaft die dringende benötigte Planungssicherheit (*Apollo News* [berichtete](#)).

Ohne Einigkeit innerhalb der Bundesregierung bleibt es aber beim „German Vote“, jener berüchtigten Dauerenthaltung der Bundesrepublik auf europäischer Ebene, die jede Fortentwicklung der Europäischen Union verhindert. Eigentlich stehen die Zeichen der Zeit auf weniger Industrieregulierung: 21 EU-Staaten hatten sich im

Oktober für eine neue Mentalität zur Vermeidung von Überregulierung ausgesprochen.

Werbung

Ohne Impuls aus Deutschland wird daraus jedoch keine Änderung des Rechts folgen. Die wäre angesichts der Lage der Branche, des fehlenden Nachweises, dass E-Autos immer besser sind als Verbrenner, und des klaren Willens der Verbraucher, die sich dem Trend zum E-Auto nach wie vor größtenteils verweigern, dringend geboten. Einmal mehr hat Merz viel versprochen, ohne eine Perspektive zur Umsetzung seiner populären Aussagen zu liefern.

Teilen:   

[Zu den Kommentaren \(53\)](#) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) ▾

[→ Weiter zum Zahlen](#)

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per  Pay  Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

[Beliebig \(€\)](#) ▾

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

[Weiter zum Abschließen](#)

Werbung